

Klassenkampf von oben

Bürger zahlen für die Versäumnisse der Ampel, erklärt das Institut der deutschen Wirtschaft Köln. Das Institut gehört zur Lobby der Kapitalisten. Es wird von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und dem Bundesverband der Deutschen Industrie getragen - kommt aber auch nicht an der Erkenntnis vorbei, dass die Regierung von den Armen zu den Reichen umverteilt.

Die Auswertung des Instituts zu Änderungen bei Steuern und Abgaben zum 1. Januar 2024 zeigt klar, „dass Gutverdiener am besten davonkommen“. Sie sparen kräftig bei Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag, dank des sogenannten „Inflationsausgleichsgesetzes“ der Ampel.

Normal- und Geringverdiener haben wenig bis nichts von diesem Ausgleich, dafür spüren sie umso stärker die Vielzahl steigender Abgaben wie Stromnetzentgelte oder CO2-Abgabe beim Heizen und Tanken, besonders heftig die gestiegene Mehrwertsteuer, wenn sie noch eine Gasheizung haben - was sich Mieterinnen und Mieter nicht aussuchen können. Je geringer das Einkommen, desto mehr bittet die Regierung unterm Strich zur Kasse, zeigt die Tabelle des Instituts, „besonders hart trifft es Alleinerziehende mit einem Kind“.

Die Kritik von Arbeitgeberseite ist natürlich perfide: Wenn die Regierung doch nur das versprochene Klimageld auszahlen würde, hätten alle was davon, der soziale Frieden wäre gewahrt - und man



Foto© shutterstock_SrideeStudio

könnte die Reichen noch mehr begünstigen, ohne dass sich jemand daran stören würde. Nur die Politik hat den schönen Plan vermässelt, indem sie sich in den selbst gestellten Fallen von Schuldenbremse und Haushaltstricks verheddert hat.

Noch perfider ist nur noch, dass sich jetzt rechte Demagogen von „Bild“, CDU, AfD und anderen breitmachen, die der Ampelkoalition „Planwirtschaft“ und „Sozialismus“ vorwerfen. Ausgerechnet. Für diese Regierung kommt ja noch nicht einmal infrage, die Freigrenze für hohe Einkommen bei Kranken- und Rentenbeiträgen anzuheben. Geschweige denn eine Vermögensteuer wieder einzuführen oder sonst wie zum alten BRD-Modell der „sozialen Marktwirtschaft“ zurückzufinden. Eher baut sie den Sozialstaat noch weiter ab, zum Beispiel mit mehr Sanktionen beim Bürgergeld.

Eine Planwirtschaft wäre etwas völlig anderes. Sie würde bedeuten, dass ein gemeinschaftlicher Plan verfolgt wird, um die Bedürfnisse der Gesellschaft zu decken. Und Sozialismus hieße, dass nicht mehr die Interessen der Kapitalistenklasse bestimmen, wo es langgeht. Sollte man mal drüber nachdenken.



Liebe Leserin, lieber Leser!

Die protestierenden Bauern haben Recht! Sie gehen zu Recht auf die Straße. Die geplante Streichung von Agrarhilfen, unter anderem der Dieselszuschüsse, wird sie massiv treffen und zu einem weiteren Sterben ihrer Höfe und zur weiteren Monopolisierung führen.

Sie haben sich mit vollem Recht auch direkt gegen Minister Habeck gewandt! Er steht wie die gesamte Ampel-Regierung für den sozialen Kahlschlag in diesem Land. Während die Rüstungsindustrie feiert, trifft das Abwälzen der Kriegs- und Krisenlasten nicht nur die Arbeiterklasse. Sie trifft mit Wucht auch Kleingewerbetreibende, Handwerker, Bauern und Teile der Intelligenz.

Immer mehr Menschen sind arm! Sie können wegen der immer höheren Energiepreise ihre Wohnungen nicht mehr ausreichend heizen. Sie können sich die Mieten nicht mehr leisten. Die Zahl der Menschen, die sich das Nötigste zum Leben bei der „Tafel“ holen müssen, wächst ständig. Die öffentliche Infrastruktur, Bahngleise und Autobahnbrücken sind marode – den Kommunen fehlen 166 Milliarden

den Euro für nötige Investitionen in die Infrastruktur.

Millionen Menschen in diesem Land werden ärmer – Kinder wachsen in Armut auf: DAS ist die Gewalt in diesem Land, über die wir uns aufregen müssen. Und nicht darüber, ob sich Herr Habeck bei den Protesten wohlfühlt.

Alles nur das Versagen unfähiger Politiker? Nein, das Ganze hat System. Es ist die Folge einer ausschließlich an den Interessen der Monopole, der großen Konzerne und Banken, ausgerichteten Politik. Sie stehen im weltweiten Wettbewerb massiv unter Druck. An vielen Orten der Welt wird dieser Konkurrenzkampf gewaltsam ausgetragen: in der Ukraine, in Gaza, im Jemen, in Syrien, im Sudan, im Kongo und zahlreichen Orten mehr. Die deutschen Monopole sind als Juniorpartner der USA voll dabei. Sie verhängen Sanktionen, deren Kosten WIR tragen sollen.

Bezahlen sollen das alles die Lohnabhängigen, aber eben auch die Kleingewerbetreibenden, die Handwerker, Gastronomen und Bauern, alle diejenigen, deren Kunden unter der Inflation leiden und die mit ihren Betrieben nicht einfach ins Ausland abwandern können.

Widerstand gibt es schon – nicht nur bei den Bauern. Die letzten Tarifverhandlungen waren häufiger als früher von Streiks begleitet. Eine zentrale Rolle müssen die Gewerkschaften übernehmen. Leider meinen deren Führungen, die sozialdemokratisch geführte Regierung mit ihrer Monopolpolitik stützen zu müssen. Aber auch hier entwickelt sich eine Gegenbewegung. Sie gilt es zu befördern und zu stärken.

Denn: alle Aktionen wären wirksamer, wenn sie zusammengeführt würden - von Gewerkschaften, Friedensbewegung, Umweltschützern und allen, die diese Entwicklung nicht mehr mitmachen wollen!

Für ein kämpferisches 2024



Foto© shutterstock-FooTToo

Zwei Jahre Krieg und kein Ende

Nun dauert das Abschlachten in der Ukraine schon zwei Jahre an! Und kein Ende in Sicht. Verlässliche Zahlen sind schwer zu erhalten. Aber die Toten in der Ukraine und im Donbass gehen in die Zehntausende. Junge Männer, Soldaten, sind selten freiwillig dabei, auf beiden Seiten. Ukrainer und Russen. Nach Angaben der ukrainischen Grenzbehörde verlassen täglich etwa 6.000 Männer im wehrfähigen Alter das Land. Die Ukraine versucht der wehrpflichtigen Männer,

die zu Hunderttausenden ins Ausland geflohen sind, habhaft zu werden.

Die ukrainische Bevölkerung leidet. Viele werden verwundet, traumatisiert, getötet, insbesondere in den umkämpften Gebieten im Osten und Süden der Ukraine. Im Donbass tobt der Krieg seit nunmehr fast 10 Jahren, zunächst begonnen als ukrainischer Bürgerkrieg.

Weiter auf Seite 3

Wem nützt dieses Inferno, dieser Stellvertreterkrieg zwischen Nato und Russland? Auf jeden Fall der Rüstungsindustrie. Deutschland hat im letzten Jahr über 4 Milliarden Euro Rüstungsgüter an die Ukraine geliefert. Es nützt auch den Kriegstreibern in unserem Land. Im Schatten des Krieges in der Ukraine wird die Bundesrepublik in beispielloser Weise aufgerüstet. Im Jahr 2023 mit ca. 85 Milliarden Euro. Geld, das an vielen Stellen fehlt.

Die Armut wächst stetig und immer schneller an, auch in unserer „reichen“ Stadt Hamburg. Die Wohnungsnot wird immer größer und viele Hamburger müssen sich schon die Frage stellen: Essen oder Heizen? Die Sanktionen gegen Russland, insbesondere der Boykott der Erdgaslieferungen - unterstützt durch die angeblich nicht aufzuklärende Sabotage an den Nordstream-Gaspipelines in der Ostsee (Wem nützt das?) - sind wie ein Bumerang zu unserem eigenen Schaden nach Deutschland zurückgekommen.

22 der 30 Rohstoffe, die von der EU als kritische Rohstoffe eingestuft sind, lagern in der Ukraine und davon Vieles in den umkämpften Gebieten u.a. Lithium, Titan, Seltene Erden. Auch darum geht es!

Mittlerweile gibt es offensichtlich ein militärisches Patt. Aber das Sterben geht weiter. Dieser Wahnsinn muss gestoppt werden!



Unsere Regierung hat die historische Pflicht, alles zu versuchen, auf diplomatischen Wege diesen Krieg zu beenden. Schließlich fielen 27 Millionen Sowjetbürger, insbesondere Russen

und auch Ukrainer der faschistischen deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg zum Opfer! Einen Siegfrieden wird es nicht geben.

- **Stopp aller Waffenlieferungen an die Ukraine - sofort!**
- **Keine Bundeswehrsoldaten nach Litauen an die russische Grenze!**
- **Stopp des Gasimport-Boykotts aus Russland!**
- **Geld für günstige Wohnungen, Gesundheit, Bildung und die Armutsbekämpfung statt für die Rüstung!**



Kämpfen, um zu bleiben!



Foto© GerhKr

Schon vor Beginn der Tarifrunde der Länder war klar: der Organisationsgrad ist erschreckend schwach und es gibt nur wenig kritische Bereiche, wo ein Streik wirklich weh tut. Wenn 80.000 Streikende, also knapp 7% der Tarifbeschäftigten für die restlichen 93% einen Abschluss erkämpfen, kann das Ergebnis nicht gut sein und schon gar keines, welches Reallohnverluste ausgleicht. Daran gemessen, ist das Ergebnis also durchaus passabel, zumindest für die Flächenländer.

Zu verdanken ist dies einer im Vergleich zu den vorhergegangenen Tarifrunden wesentlich größeren Streikbewegung, die von den Stadtstaaten, den Unikliniken und denjenigen Hochschulen, an denen der TV Stud aktiv war, getragen wurde. Streikkundgebungen mit 13.000 in Berlin, über 10.000 in Düsseldorf und knapp 7.000 in Hamburg sind Zeugen dieser Bewegung. Die Strategie, über Forderungen, für die es sich zu kämpfen lohnt, zusätzliche oder neue gewerkschaftliche Stärke aufzubauen, ist aufgegangen. Allein in Hamburg konnte die Zahl der Streikenden im Vergleich zur Vorrunde mindestens verdoppelt werden.

Was ist aber eine Forderung, für die es sich zu kämpfen lohnt?

Eine, die geeignet ist, die drängendsten Probleme zu lösen. Für Hamburg war und ist die Stadtstaatenzulage in zweierlei Hinsicht eine zentrale Losung. Kolleg:innen mit kommunalen Tätigkeiten werden in der FHH nach dem Tarifvertrag der Länder (TVL) bezahlt und nicht nach dem der Kommunen (TVÖD). Die Einkommensunterschiede zum Umland betragen im Schnitt 500 €. Das Resultat ist eine massive Abwanderung dorthin und 5.000 unbesetzten Stellen in der Stadt.

Zusätzlich ist es gerade für die Beschäftigten der unteren Entgeltgruppen, nicht mehr möglich, von ihrem Gehalt in der Stadt zu leben, für die sie arbeiten. Dabei ging es den Streikenden auch darum, für würdevolle Bedingungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge zu kämpfen. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten, die anderen brauchen uns, so lautete das Motto auf den zahlreichen Streikkundgebungen.

Für die weitere Stärkung der Gewerkschaft in Hamburg ist nun das größte Problem, dass zwar eine starke Streikbewegung aufgebaut wurde, diese sich aber nur auf das Ergebnis in der Fläche und die Zulagen im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes ausgewirkt hat, die Stadtstaatenzulage selbst jedoch nur in Berlin tarifiert wird. Es gilt, die Enttäuschung in den Betrieben aufzufangen, die Erfolge sichtbar zu machen und Perspektiven aufzuzeigen, wie die notwendigen Veränderungen erkämpft werden können.

Weiter auf Seite 5



Foto© GerhKr

Olafs Ruine

Da steht er nun, der Elbtower. 20 Stockwerke hoch, fast ein Drittel der geplanten 245 Meter Höhe, aber bloß ein Betongerippe. „Hamburgs wohl spektakulärster Stadteingang“, wie es in der Eigenwerbung der Stadt hieß. Aber die Kräne stehen still, seit sich Investor René Benko mit dem Milliardenprojekt spektakulär verspekuliert hat.

Zur Erinnerung: „Die Menschen sollen sagen: Das hat Olaf Scholz gut gemacht.“ So sagte Kanzler Scholz 2018, auf seinem letzten großen Auftritt als Erster Bürgermeister Hamburgs vor dem Wechsel nach Berlin. Und meinte damit den Elbtower. Scholz lobte damals den Entwurf von Stararchitekt David Chipperfield als „nicht extravagant, sondern elegant und raffiniert“. Er tat fast so, als sei er selbst der Architekt: Er habe „viele Stunden überlegt, wie ein solches Hochhaus aussehen könnte“.

Tja. Jetzt sagen die Menschen: Das hat Olaf Scholz überhaupt nicht gut gemacht. Es sieht so aus, als würde es auf der Baustelle monate- oder jahrelang



nicht vorangehen. Wenn überhaupt noch jemand die Rechnungen bezahlt, dann womöglich die Stadt. Aber dafür muss sie überhaupt erst einmal die Kontrolle über das Filetgrundstück an den Elbbrücken zurückbekommen. Vielleicht erst im Jahr 2029, so lesen manche das Rückkaufrecht aus den Verträgen.

Wir haben die Kumpanei der SPD-Führung in der Stadt mit den großen Immobilienspekulanten schon zuvor in den „Hamburger Utsichten“ kritisiert, auch am Beispiel Elbtower. Bisher mit der Einschränkung, dass dort wenigstens überhaupt etwas gebaut werde. Doch das ist vorbei.

Schlimm genug, dass in Zeiten grassierender Wohnungsnot lieber an weitere Bürotürme und Luxushotels gedacht wird. Schlimm genug, dass die zentralen Grundstücke an üble Profitgeier verschachert werden. Schlimm genug, dass die Möglichkeit verschenkt wird, demokratisch das Leben in dieser Stadt zu gestalten.

Aber jetzt kommt noch dieser Hohn dazu, nichts dafür zu bekommen. Nicht einmal den Blick auf glänzende Glasfassaden, nicht einmal eine öffentliche Aussichtsplattform, um sich wenigstens einmal so zu fühlen, als wäre man ganz oben.

Wenn dieser Turm noch zu etwas gut sein soll, außer als Abenteuerspielplatz für Kletterer und Klippenspringer, als Nistplatz für Turmfalken - dann als Mahnmal.

Lasst das Gerippe am besten so stehen, wie es ist, zahlt keinen Cent mehr dafür. Dann kann die Olaf-Scholz-Gedächtnisruine in Hamburg immer noch für alle Zeiten mahnen: Liefert diese Stadt nicht den Profitinteressen der Kapitalisten aus!

Fortsetzung von Seite 4

Im Jahr 1853 schrieb Marx: „*Um den Wert von Streiks und Koalitionen richtig zu würdigen, dürfen wir uns nicht durch die scheinbare Bedeutungslosigkeit ihrer ökonomischen Resultate täuschen lassen, sondern müssen vor allem ihre moralischen und politischen Auswirkungen im Auge behalten.*“¹ Und das gilt auch für diese Auseinandersetzung. In 27 Streiktagen haben die Kolleg:innen in Hamburg Angriffe des Arbeitgebers abgewehrt, auf Bühnen vor tausenden von Menschen geredet, haben Streikversammlungen vorbereitet, sind in die

direkte Diskussion mit politisch Verantwortlichen gegangen, haben gut 900 neue Mitstreiter:innen gewonnen, haben eigene Streiklieder und Parolen kreiert, sind zusammengewachsen, haben Büro mit Bauhof zusammen gebracht.

Diese Erfahrung kann ihnen keiner mehr nehmen. Sie ist der Boden für kommende Auseinandersetzungen, nicht nur für einen guten Lohn, sondern schlussendlich für die Abschaffung des Lohnsystems selbst!

¹MEW Bd.9, S. 170f



Foto© DKP Hamburg

Bildung auf Kriegskurs

„Kriegstüchtigkeit als Handlungsmaxime“¹ und ein „wehrhaftes Volk“ wünschen sich Bundeskanzler Scholz und sein Kriegsminister Pistorius (SPD). Es wird nicht mal mehr von einer „Aufrüstung für den Frieden“ schwadroniert, sondern es geht offen um die Einstimmung der Bevölkerung auf einen bevorstehenden imperialistischen Krieg und darauf, dass die „Fähigkeit zum Sieg“ Opfer erfordere. In der Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges sprachen auch die Nazis von „Kanonen statt Butter“.

100 Milliarden Sondervermögen für die Anschaffungen der neuesten Tötungsmaschinen und jährlich weitere 70 Milliarden im Etat für die Bundeswehr – das ist eine klare Prioritätensetzung. Der Kriegskurs der Regierung lässt keinen Zweifel daran, dass die arbeitende Bevölkerung den Preis für den Kriegswahnsinn zahlen soll:

- Als Opfer an der Front, die Pistorius zufolge auch wieder durch Deutschland selbst verlaufen kann,
- durch Sozial- und Lohnabbau, um die Aufrüstung zu finanzieren
- und in Form massiver Angriffe auf demokratische Rechte, um den erwartbaren Widerstand zu unterdrücken.

Dem Bildungssystem kommt hier eine doppelte Bedeutung zu.

Erstens: Das Bildungssystem wird zum Opfer der Kriegsrüstung

Beispiel Hamburg: Obwohl die Zahl der Schüler:innen aktuell und künftig drastisch ansteigt, obwohl es einen großen Bau- und Sanierungstau an den Schulen gibt und trotz des anwachsenden Lehr- und Fachkräftemangels wird der Haushalt der Schulbehörde kaum erhöht.

Unterm Strich bleibt pro Kopf deutlich weniger Geld für gute Bildung übrig. Dabei ist Hamburg als maßgeblicher Standort von Rüstungsproduktion und Waffenhandel über den Hafen ein großer Profiteur der Kriegsvorbereitung.

Zweitens: Schule soll die heranwachsende Generation zur Kriegstüchtigkeit erziehen

Aber auch in der Frage der Kriegsvorbereitung ist den Schulen offensichtlich eine zentrale Rolle zugeordnet. „Wehrhaftigkeit“ müsse „langfristige Strahlkraft in alle Bereiche der deutschen Gesellschaft“ entwickeln. Die Bundeswehr müsse „dort erlebbar sein, wo die Menschen sind“. Dazu passt:

- Werbe- und Rekrutierungsauftritte der Bundeswehr an Schulen werden ausgebaut. Ziel ist, dass jede Schülerin und jeder Schüler mindestens einmal in Berührung mit der Propaganda der Armee kommt.
- Die Schulbehörde fordert von den Lehrkräften missliebige und kritische Äußerungen von Schülerinnen und Schülern zu überwachen und zu dokumentieren und in der Konsequenz anzuzeigen. Darunter sollen z.B. Äußerungen wie „Free Palestine“ fallen oder Äußerungen, die im Falle des Ukraine-Krieges die „Alleinschuld“ Russlands relativieren. So soll langfristig Kadavergehorsam erzwungen werden.



Diese Kriegsvorbereitung ist unerträglich und brandgefährlich. Wir müssen uns ihr in den Weg stellen.

Die DKP kämpft für:

- eine breite und starke Friedensbewegung, die sich dem Aufrüstungs- und Kriegskurs entgegenstellt,
- eine drastische Umverteilung der Haushalte zugunsten von Sozialem, Gesundheit und Bildung,
- ein Verbot von Bundeswehr- und Kriegspropaganda an den Schulen.

¹Zitate aus der offiziellen Blaupause für den geplanten großen Krieg: BMVg Verteidigungspolitische Richtlinien 2023.

Der UZ SHOP

T-Shirts • Kapuzenpullover • Fahnen
Bücher • Broschüren • Tassen
Aufkleber • CDs • DVDs • Turnbeutel
Antiquariat und vieles mehr

uzshop.de

Du willst wissen was wir Kommunisten schreiben und sagen?

Abonnier' uns!
unsere-zeit.de
Deutsche Kommunistische Partei

Die Genossen der Privatbankiers

Wäre das eine Serie über Korruption in einer ausgedachten Bananenrepublik, würde man das Drehbuch als unglaublich verwerfen. Eine Bande aus Bankern, Anwälten und reichen Bürgern bedient sich ungehemmt aus der Staatskasse. Sie tun dabei so, als wäre alles ganz legal, lassen sich Steuern erlassen, die sie nie gezahlt haben, und streichen auf diese Weise über die Jahre mindestens zehn Milliarden Euro ein.

Als der Skandal auffliegt und eine Rückzahlung der Beute droht, spannen die Banker die Regierung ein, um das zu verhindern. Über ein paar Strippenzieher der Regierungspartei werden Kontakte eingefädelt, üppige Spenden fließen als Schweigegeld. Der Seniorchef einer altehrwürdigen Privatbank trifft sich dreimal mit dem Regierungschef, danach lässt das Finanzamt seine Forderungen verjähren. Später bestreitet der Regierungschef, dass es diese Treffen gab. Doch der Bankier hat alles in seinen Tagebüchern notiert, die bei einer Razzia in seiner Bibliothek gefunden werden.

Es gibt Ermittlungen, einen Untersuchungsausschuss im Parlament - aber am Regierungschef perlt alles ab. Er verlegt sich auf die Legende, sich an nichts erinnern zu können. So wissen zwar alle, dass er Komplize war, aber man kann ihm nichts nachweisen. Als Chef der Untersuchung wird ausgerechnet ein Parteifreund eingesetzt, den die Behörden als nicht vertrauenswürdig einstufen. Der bekommt deshalb zwar keinen Zugang zum Tresorraum mit Beweismitteln, daraus landen dann trotzdem zwei Laptops mit hunderttausenden E-Mails und Chatprotokollen unter anderem des Regierungschefs in seinem Büro. Nur um sie sicher aufzubewahren, klar.



Foto© shutterstock_Paolo Schorli

Schauplatz: Hamburg. Schurken: Warburg-Bankpatriarch Christian Olearius, Ex-Bürgermeister Olaf Scholz. Partei der Komplizen: SPD. Und anscheinend alles wirklich so passiert, Fortsetzung der x-ten Staffel folgt. Für Unterhaltung ist also gesorgt, aber der Witz geht auf unsere Kosten - der Menschen in dieser Stadt, an deren Seite zu stehen die SPD und Scholz vorgeben. Soziale Politik für dich? Wohl eher satte Profite für dreiste Räuber.

Man kann sich schon fragen, was die Sozialdemokraten zu so etwas treibt, abgesehen vom möglicherweise für einige wenige zu erzielenden persönlichen Vorteil und abgesehen von der Treue, bloß nichts auf einen der Ihren kommen zu lassen.

Ein paar Spuren von ernst gemeintem Einsatz für eine gerechte Gesellschaft scheinen bei ihnen ja doch immer wieder mal durch. Doch dafür müssten sie ja die kapitalistischen Machtverhältnisse infrage stellen - und wenn sie regieren, wie seit Jahren in Hamburg und im Bund, hätten sie dazu sogar einige Mittel in der Hand. Aber sich mit den feinen

Kreisen von Blankenese anlegen? Nein, da macht man lieber mit jeder der dort ausgeheckten Schweinerei mit - und sei es nur mit der Rolle, beim Staatsraub Schmiere zu stehen.



UZ unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung Zeitung der DKP

Radikal rot seit 1969

unsere-zeit.de

Über die Gemeinsamkeiten demokratischer und sozialer Bewegungen

Glaubt man der Presse, so sind es im Wesentlichen politische Entscheidungen, die unsere parlamentarisch-demokratische Gesellschaft formen. Verkannt wird dabei, dass die wirtschaftlichen Interessen der Kapitalverwertung und Ausbeutung die entscheidenden, wenn auch im Hintergrund wirkenden Kräfte im Kapitalismus sind. Daraus ergibt sich eine soziale Gegenbewegung, ein mehr oder weniger bewusster Klassenkampf zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen Kapital und Lohnarbeit, wie ihn Karl Marx im „Kommunistischen Manifest“ beschrieb.

Doch auch innerhalb des Kapitals toben Auseinandersetzungen. Auf der einen Seite stehen sich verschiedene Kapitalfraktionen mit objektiv entgegengesetzten Interessen gegenüber – wie z.B. Finanz- und Industriekapital. Andererseits geht es in der Wirtschaft eben nicht demokratisch zu, sondern es herrscht wie bei der Mafia das Recht des Stärkeren, die Konkurrenz. Die großen Kapitale, die Monopole, unterdrücken die Kleinen. Die wirtschaftlich Mächtigen haben auch alle Möglichkeiten, ihre Interessen direkt auf der politischen Ebene durchzusetzen. Die Spielregeln werden dadurch noch mehr zu Gunsten der Großen geändert.

Es entwickeln sich aber zwangsläufig auch hier Gegenbewegungen, Klassenkämpfe, die zwar das kapitalistische Wirtschaftssystem, den Privatbesitz an Produktionsmitteln nicht in Frage stellen wollen, die aber eine Einschränkung der übermächtigen Macht der Monopole und des ihnen dienenden Staatsapparates durch Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft fordern.

Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben.

Diese Bewegungen artikulieren u.a. die Interessen von Selbständigen, Kleineigentümern und von Kapitalen, die in der Konkurrenz den Kürzeren ziehen. Deshalb sprechen wir von *kleinbürgerlich-demokratischen* Bewegungen. Aus Sicht der revolutionären Arbeiterbewegung, aus Sicht der DKP handelt es sich dabei um konservative bzw. rückwärtsgewandte Vorstellungen, die die kapitalistische Entwicklung wieder ein Stück zurückdrängen wollen, ohne das System als Ganzes in Frage zu stellen.

Trotzdem werden dabei durchaus scharfsichtig grundlegende Defizite unserer kapitalistischen Gesellschaft benannt:

- Der Drang nach Herrschaft der Monopole führt zum Abbau der letzten Reste echter bürgerlicher Demokratie bei uns.
- Die rücksichtslose Ausbeutung der Umwelt zerstört unsere natürlichen Lebensgrundlagen.
- Die neokolonialen Strukturen halten den globalen Süden in erdrückender Abhängigkeit.
- Die internationale Konkurrenz der Monopole, bei der sie jeweils ihre „Heimat“ Länder einspannen, ist der Hintergrund für ständige Aufrüstungen und Stellvertreterkriege.

Im Kampf dagegen haben sich bei uns in den letzten Jahrzehnten starke Demokratie-, Umwelt-, Solidaritäts- und Friedensbewegungen entwickelt.

Weiter auf Seite 9



Foto© shutterstock_2140271563

Unsere Vorstellungen als DKP von gesellschaftlichem Fortschritt gehen auch davon aus, dass die Bevölkerung für die Verwirklichung sozialer, demokratischer und Umweltziele kämpfen muss. Wobei wir in der politisch bewussten Lohnarbeiterklasse die potentiell durchsetzungsstärkste Gruppe sehen.

Insoweit vereinen uns gemeinsame Ziele. Der Gleichklang der Interessen aller gegen die Monopolherrschaft gerichteten Kräfte in dieser Frage ist für uns auch nicht nur taktisch, im Sinne einer „Ausnutzung“, sondern wir gehen davon aus, dass beide Bewegungen, die soziale (Lohnarbeiter-)Bewegung und die demokratische (kleinbürgerliche) Bewegung sich auf ein gemeinsames Vorgehen in überlebenswichtigen Kernfragen einigen können und müssen: eine Umgestaltung unseres politischen Systems im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung in Richtung mehr Demokratie und sozialeren Verhältnissen, für Umweltschutz und Frieden. Das Chile der Unidad Popular Regierung unter Salvador Allende Anfang der 1970er Jahre ist für uns ein Beispiel für die Macht gemeinsam getragener Umgestaltungen.



Foto© shutterstock-ojka

Nur gehen wir nicht davon aus, dass ein demokratischerer Staat, der die Macht der Monopole zurückdrängt, ein stabiler Endzustand sein kann. Die Regierung Allende in Chile wurde von einer Koalition aus nationalen (Militärs, Faschisten) und internationalen (USA, auch BRD) reaktionären Kräften weggeputscht. D.h. demokratischer und sozialer Fortschritt ist auch immer eine Frage des Kräfteverhältnisses. Letztendlich muss aus unserer Sicht die politische Herrschaft der (Groß-)Bourgeoisie beendet werden, darf sie keine Möglichkeiten haben, das Rad zurückzudrehen. Das erfordert

das Entmachten der bisherigen Stützen der Monopolherrschaft in Staatsapparat und Militär und den Aufbau eines echten Staates der Volksdemokratie, in der mit den Kommunisten auch die revolutionäre Arbeiterbewegung vertreten ist. Es erfordert auch die Umwandlung des Großkapitals nicht bloß in Staats-, sondern in Volkseigentum, die Enteignung; mit dem Verlust seiner wirtschaftlichen Macht geht dann auch der Verlust seiner politischen und militärischen Macht einher.

Und es erfordert nicht zuletzt eine passende internationale Situation (wie nach dem 1. oder 2. Weltkrieg) oder eine entsprechende Stärke progressiver Kräfte, um die internationale Reaktion in Schach zu halten. Kleineigentümer, kleine und mittlere Kapitalisten, demokratische Bewegungen finden sich dann in einer Gesellschaft wieder, in der der ungehemmte Drang nach Profit nicht mehr die einzige Maxime ist, sondern wo für eine längere Übergangsperiode mit den politischen Mitteln einer echten Volksregierung, abgesichert durch die Macht von Massenbewegungen wie den Gewerkschaften, sichergestellt wird, dass die Gesellschaftsentwicklung im Interesse aller verläuft.



Bürgergeld besser als arbeiten?

Steht Geld zur Debatte, geht es den Bürgerlichen auch immer um Moral und Disziplin. Nun hat die Chefin der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles (SPD), nachgelegt. Es gäbe „durchaus Menschen, die sich einer Mitwirkung wirklich komplett entziehen.“ Deshalb befürwortet sie den Vorschlag des Bundesarbeitsministers, Hubertus Heil (SPD), wenn ihre Behörde Armen und Arbeitslosen das Bürgergeld künftig ganz streichen darf – bis zu zwei Monate bei der Ablehnung von „zumutbaren“ Jobs. Damit wollen die Sozialdemokraten den angespannten Haushalt jährlich um 250 Millionen Euro „entlasten“. Sozialdemokratisches Schutzgeld, erpresst von den Schwächsten.

Der Vorschlag gründet auf einer Lüge. Sie lässt sich selbst innerhalb der eigenen Datenerhebung der bürgerlichen Ökonomie entlarven, jenen Daten der BA und des BMAS.

Noch nie wechselten so wenige Menschen aus der Beschäftigung in die Grundsicherung wie heute. Im Oktober 2023 waren es 27.694 Menschen, ein Rekordtief; 2017 waren es 38.376 und 2013 waren es 53.564. Umgekehrt pendelt die Abgangsquote, wonach Bezieher in die Beschäftigung gehen, seit zehn Jahren stabil zwischen 5 bis 6 Prozent. Mit anderen Worten: Die Leute haben gar keinen Bock auf Elendsverwaltung.

Laut den Daten hält also weder das Bürgergeld die Bezieher in der Grundsicherung, noch kündigen Beschäftigte ihren Job wegen des Bürgergelds, wie seit einem Jahr behauptet wird. Ob Heil, Nahles, Lindner, Merz oder Chrupalla – sie gehen nicht von der Realität und den ihnen vorliegenden Daten aus, sondern von den Interessen ihrer Klasse: dem Kapital.

Die vielbeschworene Erforderlichkeit des Sanktionierens lässt sich ebenfalls mit Blick auf die vergangenen

Monate und Jahre prüfen. Von den 3,9 Millionen Bürgergeldempfängern werden bislang bei 23.400 Personen Sanktionen wegen mangelhafter Mitwirkung verhängt. Das sind 0,6 Prozent. 2019, als noch die alte Sanktionspraxis galt, wurden 3 Prozent der Bezieher mindestens einmal Leistungen gekürzt. Zeitweise komplett gestrichen wurde das damalige Arbeitslosengeld II bei rund 5.800 Personen. Das sind weniger als 0,1 Prozent der damaligen Bezieher.

Wenn die Bürgerlichen vom Phantom der „Totalverweigerer“ sprechen, dann meinen sie bis zu 50 Millionen erwerbstätige Menschen in Deutschland, die deutsche Arbeiterklasse. Sie reden von „Faulen“ und lenken von ihren Kriegen und deren Kosten ab.

„Sie reden von „Faulen“ und lenken von ihren Kriegen und deren Kosten ab.“

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP



Wir schreiben – auch beim Thema Frieden – dort weiter, wo andere Medien längst schweigen.

Ich möchte gerne:

- Die UZ sechs Wochen **gratis** Probelesen (Print & Online)! Der Bezug endet automatisch
- Weitere Informationen über die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

Zurück an: DKP-Partei Vorstand
Hoffnungstraße 18 · 45127 Essen
Tel.: 0201 - 17 78 89 23
E-Mail: info@unsere-zeit.de

Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei,
Bezirksvorstand Hamburg, Lindenallee 72, 20259 Hamburg,
Telefon (040) 480 49 00

hamburg.dkp.de oder www.dkp.de
✉ hamburg@dkp.de [f dkphamburg](https://www.facebook.com/dkphamburg)
V.i.S.d.P: M. Götzte, Lindenallee 72, 20259 Hamburg

